

An

Rufname Familienname

Mail-Adresse

Persönlich

Ort, Datum

Sachverhaltsdarstellung und Verhaltensbeschwerde gegen OBS

Werter/Werte Hr/Fr Familienname

Mit 1.1.2024 wurde die GIS in die OBS umbenannt und mit der Betreuung des nunmehr als „Haushaltsabgabe“ ausgestalteten neuen ORF-Beitrags beauftragt. Gleichzeitig wurde die OBS mit Landesgesetz als Abgabenbehörde für die Einhebung der Landesabgabe bestimmt.

Völliges Unverständnis habe ich, dass es die OBS bis dato nicht der Mühe wert findet, als mit hoheitlichen Aufgaben beliehenes Organ der Bundes- bzw Landesverwaltung die einschlägigen eindeutigen gesetzlichen Verfahrensvorschriften einzuhalten. Anstelle dessen versucht sie, mich und andere Beitragspflichtige durch **mutmaßlich rechtswidriges Verhalten einzuschüchtern** und unter **Vorspiegelung falscher rechtlicher Grundlagen** zu einer Zahlung wohl einer Nichtschuld zu drängen.

Folgende Schritte setzt die OBS bei der Einhebung des ORF-Beitrags und der Landesabgaben entgegen den verfahrensrechtlichen Vorgaben im ORF-Beitrags Gesetz und den entsprechenden Landesgesetzen:

- Ignorieren von Anträgen auf Bescheiderlassung ohne Reaktion auf den Erhalt des Schreibens
- Plötzliche Abbuchung von Beträgen ohne vorherige Zusendung einer Zahlungsaufforderung
- Verwendung einer Einzugsermächtigung, welche nur für den GIS-Beitrag erteilt wurde
- Abbuchung von Beträgen mit Einzugsermächtigung, die noch gegenüber der GIS widerrufen wurden
- Ausstellung weiterer Zahlungsaufforderungen nach Stellung eines Antrags auf Bescheiderlassung
- Versendung von Mahnungen anstelle von Zahlungsaufforderungen nach Rückbuchung des Betrags
- Vorschreibung von Säumniszuschlägen ohne vorherige Ausstellung von Zahlungsaufforderungen
- Bewusste Desinformation und Darlegung einer nicht haltbaren Rechtsansicht in den Informationen
- Einschüchterung von unwissenden Beitragspflichtigen durch Androhung von Zwangsmaßnahmen

Ich erwarte mir von Ihnen, dass Sie Ihren politischen Einfluss **SOFORT** einsetzen, damit der **Geschäftsführer der OBS** seiner Verpflichtung zur **Einhaltung der Gesetze unverzüglich nachkommt!**

Zudem müssen nun Menschen ORF-Beitrag bezahlen, die kein Interesse an den Programmen des ORF hatten/haben. Ich verwehre mich auch gegen die Darstellung, dass der ORF-Beitrag um die Hälfte gekürzt wurde, denn das **Programmmentgelt** wurde **lediglich um rund € 3** von € 18,59 auf € 15,30 **reduziert**.

Auch **das Land Steiermark/Kärnten/Burgenland/ Tirol** erhält nun rund **€ 2,5 Mio. mehr an Steuergeld**, obwohl alle anderen Länder bereits verzichten, sich ihre Haushalte durch zusätzliche direkte Zahlungen seitens ihrer Bürger finanzieren zu lassen. Abgesehen vom fragwürdigen Zusammenhang der Mittelverwendung der **Landesabgabe** mit dem ORF-Beitrag stößt diese **zusätzliche Belastung** in **Kärnten/Steiermark/Burgenland/Tirol**. angesichts der

angespannten Finanzlage vieler Menschen in unserem Land auf völliges Unverständnis und ist ein **weiterer Beleg einer bürgerfeindlichen Politik.**

Ich fordere eine **rasche Änderung des ORF-Beitrags Gesetz** im Sinne einer **Wahlfreiheit und einen Verzicht auf die Landesabgabe** und erwarte Ihre **Stellungnahme binnen 7 Tagen.** Ferner informiere ich Sie, dass ich **Ihre politische Haltung** in Bezug auf den neuen ORF-Beitrag samt dem Beharren auf der Landesabgabe und das Vorgehen der OBS **bei zukünftigen Wahlentscheidungen mitberücksichtige.**

Familienname Rufname

Adresse